



Pressemitteilung

SP hält an der Förderung der erneuerbaren Energien fest

Der Regierungsrat will den in der ersten Lesung der Teilrevision des Energiegesetzes geänderten Artikel 10 wieder in die Ursprungsversion zurücksetzen. Im Artikel 10 geht es um den Höchstanteil an nicht erneuerbaren Energien zur Deckung des zulässigen Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser für Neubauten und Umbauten, die einem Neubau gleichzustellen sind.

Eine Mehrheit des Kantonsrates hat in der ersten Lesung den Höchstanteil an nicht erneuerbaren Energien bei Neubauten von 80% auf 60% reduziert. Das bedeutet, dass mindestens 40% der Energie erneuerbar sein muss.

Aus Sicht der SP Kantonsratsfraktion wird ein Höchstanteil von 60% für Neubauten bereits heute grossmehrheitlich erreicht. Trotzdem würde Appenzell Ausserrhoden ein klares Signal für den Einsatz von erneuerbarer Energie setzen, wenn dieser Wert im Energiegesetz festgehalten würde. Für die SP ist zwar klar, dass man nicht von heute auf morgen komplett auf erneuerbare Energie umsteigen kann. Man sollte aber mindestens den allgemein verfügbaren Stand der Technik nutzen. Die Förderung der erneuerbaren Energien ist auch ein klares Bekenntnis zur lokalen Wirtschaft. Sie wird mit der Verwendung von erneuerbaren Energien aus Sonne, Erdwärme, Holz, Wasser und Wind gefördert, was bei der Nutzung von beispielsweise importiertem Erdöl und Ergas nicht der Fall ist. Allein der Transport des Erdöles von den Quellen bis zu uns verursacht Schadstoffemissionen und Kosten in hohem Ausmass. Die SP sieht deshalb bei der Förderung von erneuerbaren Energien gleich zwei Vorteile. Erstens die Nutzung von einheimischen Energien und zweitens die Reduzierung von Umweltkatastrophen, die immer wieder in unermesslichem Ausmass vorkommen. Die Schädigung der Natur ist kaum zu beziffern, die wirtschaftlichen Folgen gehen, beispielsweise im Fall der Ölkatastrophe im Golf von Mexico, in die Milliarden.

Die SP wird, wie auch schon in der ersten Lesung des Energiegesetzes, den Energiefonds, die Vereinbarungen mit Grossverbrauchern und den Energieausweis unterstützen. Sie ist zuversichtlich, dass eine Ratsmehrheit beim Anteil des der nichterneuerbaren Energien an der fortschrittlicheren Lösung festhalten wird.

Herisau, 17. Februar 2011 Yves Noël Balmer